



## Haus der Wannsee-Konferenz Gedenk- und Bildungsstätte

# Erst die Sowjetunion, dann ganz Europa: Die Ausdehnung des Völkermords an den Juden bis Anfang 1942

(Vortrag am 20.1.2002 zum Begleitprogramm der Ausstellung "Holocaust" in der Akademie der Künste)

Von Dieter Pohl

An welchem Punkt war der Völkermord bereits angelangt, als die Partei- und Staatsfunktionäre am 20. Januar 1942 im Gästehaus der Sicherheitspolizei am Wannsee zusammentraten? Um das deutlich zu machen, gilt es, den Blick nicht nur auf die Entscheidungszentralen in Berlin, sondern auch auf die Tatorte und das ganze Umfeld zu richten. Am Anfang steht eine scheinbar simplen Frage: Wann eigentlich begann der Völkermord an den Juden? Das Einsetzen der Judenverfolgung im nationalsozialistischen Deutschland lässt sich relativ problemlos datieren, auf die Wochen unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers. Bereits in dieser Zeit zeigte sich das Doppelspiel aus bürokratischer Unterdrückung und entfesselter Gewalt. Bei Pogrom artigen Ausschreitungen starben bereits 1933/34 einzelne Juden. Massenhafte Morde an Juden spielten sich dann hinter KZ-Mauern ab, vor allem nach den Verhaftungen Zehntausender im Rahmen der sogenannten "Reichskristallnacht", bei der auch in den Städten des Reiches etwa 100 Menschen ihr Leben lassen mussten. Zwar wurden die meisten der inhaftierten Männer bald wieder entlassen, einige Hundert von ihnen hatten die Lagerfunktionäre aber zu Tode gequält. Dennoch lässt sich sowohl die konkrete Absicht des Regimes zum Völkermord als auch die ersten Ansätze zu ihrer Verwirklichung schwerlich auf die Zeit vor dem Krieg datieren.

Der September 1939 bildet jedoch zweifellos eine Zäsur. Die Massenerschießungen an Polen und polnischen Juden durch die Sicherheitspolizei, in geringerem Masse auch durch Wehrmachts-einheiten, zeigten die neue Qualität der nationalsozialistischen Kriegführung. Das Ausmaß dieser Verbrechen verringerte sich zwar Anfang 1940, doch einige Tausend polnischer Juden hatte ihr Leben gelassen. Für die Zukunft folgenreicher waren freilich die gigantischen Bevölkerungsplanungen aus dieser Zeit. Die Juden aus dem annektierten Westpolen sollten gänzlich nach Osten abgeschoben werden, für sie und alle anderen Juden im deutschen Machtbereich war ein "Reservat" vorgesehen. In schlecht strukturierten Gebieten, ohne ausreichende Versorgung und zur Zwangsarbeit gezwungen, wären die Deportierten dem allmählichen Untergang preisgegeben. Damit hatte die NS-Führung einen entscheidenden gedanklichen Schritt getan: Nicht mehr die Emigration stand im Vordergrund, nein, die damals lebende Generation der Juden sollte die letzte für immer sein.

Sowohl das Reservat im Raum Lublin als auch der spätere Plan, die meisten europäischen Juden nach Madagaskar zu bringen, wurden nie realisiert. Doch war damit die Grundentscheidung getroffen, die angebliche "Judenfrage" unter eigener Regie zu "lösen", wie es schon damals hieß, wenn auch noch auf längere Sicht. Diese Absicht schwebte nicht nur der NS-Führung und den Zentralinstanzen vor, sondern auch den vielen Besatzungsfunktionären im expandierenden deutschen Machtbereich. Dabei darf man nicht unterschätzen, wie sich schon 1940 im besetzten Polen eine mörderische Mentalität ausbreitete. In der totalen Willkürherrschaft des Ostens unterlagen die Beamten keiner öffentlichen Kontrolle mehr. Wer aus der Bevölkerung als gefährlich

oder als "unnützig" angesehen wurde, dessen Leben galt wenig. Die deutschen Verwalter in Polen plünderten die Juden bis an die Existenzgrenze aus, und da eine Abschiebung in weite Ferne gerückt war, pferchten sie sie statt dessen in die schlechtesten Viertel der Städte. Jedoch nur ein Teil der polnischen Juden musste schon vor dem Frühjahr 1941 hinter Ghettomauern, Lodz und Warschau sind hier eher die Ausnahme als die Regel. Dennoch hatten die Besatzungsfunktionäre schon im Winter 1940/41 Bedingungen geschaffen, denen die Schwächsten und Einsamsten unter den Verarmten nicht mehr gewachsen waren. Im Frühjahr 1941 starben im Warschauer Ghetto jeden Monat Tausende, weit mehr Opfer als in jedem Konzentrationslager des Reiches. Zu diesem Zeitpunkt waren die jüdischen Patienten in psychiatrischen Anstalten bereits fast durchweg ermordet worden, in Deutschland wie in Polen.

Der schleichende Völkermord befand sich also schon auf dem Weg, als das Deutsche Reich im Juni 1941 die Sowjetunion angriff. Noch war aber das Schicksal der europäischen Juden nicht entschieden. Vielmehr schwirrte durch die deutschen Verwaltungen die Idee, alle Menschen jüdischer Herkunft nun in die unwirtlichsten Gegenden der neu eroberten Gebiete zu schicken, sei es in die weißrussischen Sümpfe, hinter den Ural oder gar in die Gulag-Lager am Eismeer.

Doch auch diese Vorstellungen blieben, wie schon die vorhergehenden "Gesamtplanungen", bis auf wenige Ausnahmen reine Theorie. Stattdessen konzentrierten sich die Zentralinstanzen ganz auf den Vernichtungskrieg innerhalb der Sowjetunion. Schon im Vorfeld waren zwei wichtige Entscheidungen gefallen: Alle Personen, die man als Stützen des Sowjetregimes oder als potentiell gefährlich ansah, sollten sofort ermordet werden, und: da der Krieg eine enorme Anstrengung vom Reich fordern würde, hatte sich die Wehrmacht durch eine totale Ausplünderungspolitik aus dem Lande selbst versorgen. So wurde offen einkalkuliert, dass "zig Millionen" deshalb verhungern würden. Damit zeichnete sich erstmals ein zentraler Plan zu direktem Völkermord ab, d. h. Massenerschießungen in größerem Ausmaß als in Polen und ein riesiges Hungersterben noch im Jahr 1941.

Wir wissen bis heute immer noch nicht genau, welche konkreten Mordanweisungen die SS- und Polizeiverbände für das "Unternehmen Barbarossa" erhielten. Doch gesichert scheint, dass sie die sogenannte "jüdisch-bolschewistische Intelligenz" auszurotten hatten und Pogrome auslösen sollten, vermutlich galt ihr Tötungsauftrag den meisten jüdischen Männern im wehrfähigen Alter. Im Grunde hatten die SS-Offiziere alles zu tun, was sie für die "Sicherung des Hinterlandes" für nötig erachteten, und dies blieb im Einzelfall Auslegungssache. Die Radikalisierung war also von vorneherein angelegt und nicht erst auf die Entdeckung der NKWD-Massaker an Gefängnisinsassen in den ersten Kriegstagen zurückzuführen. Sicher haben diese Leichenfunde die Stimmung in Wehrmacht und Polizei aufgeheizt, und somit die Zahl der Opfer zeitweise in die Höhe getrieben.

Der systematische Völkermord an den Juden begann jedoch bereits vor der Entdeckung stalinistischer Verbrechen, am 23. Juni 1941, mit den Erschießungen jüdischer Männer im westlitauischen Grenzraum. Die meisten dieser frühen Massaker wurden als Repressalien legitimiert, wobei aber die Anlässe oft minimal, die Zahl der Opfer horrend und ihre Auswahl eindeutig rassistisch waren. Dass es sich um einen strukturell angelegten Massenmord handelte, zeigt insbesondere der ab Juli 1941 einsetzende systematische Mord an allen gefangenen jüdischen Rotarmisten.

Nicht ganz geklärt sind freilich die Hintergründe des Übergangs zum totalen Massenmord an jüdischen Frauen, Kindern und Alten, also von Menschen, die man schwerlich als Gefahr für die Sicherheit ansehen konnte. Schon im Juli 1941 löschte die Sicherheitspolizei die jüdische Gemeinde im lettischen Jelgava (Mitau) aus, in Zusammenarbeit und in diesem Fall wohl auch auf Initiative der lettischen Hilfspolizei. Ende desselben Monats, als der Russlandfeldzug schon allmählich ins Stocken geriet, drängten immer mehr Kräfte auf die Ausdehnung der Opfergruppen. SS-Chef Himmler verlangte höhere Exekutionszahlen, die örtliche Besatzungsverwaltung, ob Militär oder Zivil, wollte die zurückgelassenen Frauen und Kinder als angeblich "unnütze Esser" beseitigt wissen. Regional unterschiedlich gingen die Mordeinheiten, also Einsatzgruppen, Polizeibataillone und Waffen-SS-Brigaden, diesen Schritt weiter. In Litauen und im Süden Lettlands begann die totale Vernichtung der jüdischen Landgemeinden bereits Mitte August. In der

Ukraine, wo die meisten sowjetischen Juden lebten, markiert das Massaker von Kamenez Podolsk Ende August den Wendepunkt mit einem in der Geschichte präzedenzlosen Verbrechen: 23.600 Menschen wurden dort Ende August 1941 hingeschlachtet, und das Wochen vor dem Massaker von Babij Jar. In Weißrussland wiederum, wie in den meisten Gebieten Ostpolens, beschleunigte sich der Massenmord erst Anfang Oktober.

Zu diesem Zeitpunkt wird die Bedeutung der Berliner Zentralen, die Verknüpfung der Vorgänge in den sowjetischen Gebieten mit dem Schicksal aller europäischen Juden, wieder deutlicher. Bis dahin hatten die Besatzungsverwaltungen in ganz Europa die Verfolgung der jüdischen Minderheiten weitgehend eigenständig übernommen. Überall lässt sich der Prozess der Isolierung und Ausraubung beobachten; mit dem Ergebnis, dass man nicht nur eine aus nationalsozialistischer Sicht verhasste, sondern inzwischen auch weitgehend fürsorgeabhängige Bevölkerungsgruppe zu versorgen hatte. Die deutschen Verwalter versuchten, mit groß angelegten Zwangsarbeitsprojekten zu erreichen, dass sich die Ghettos quasi selbst finanzierten. Gerade in Polen, wo die Mehrzahl der Juden schon vor dem Krieg nicht begütert gewesen war, wurde diese Situation bald lebensgefährlich.

Zwar hatte Hitler seinem Generalgouverneur Hans Frank schon im März 1941 versprochen, die Juden könnten bald in die neu zu erobernden Gebiete abgeschoben werden. Doch daraus wurde nichts. Weder verlief der Krieg im Osten nach deutschem Zeitplan, noch waren die neuen Herrscher im Westen der Sowjetunion bereit, zusätzlich Juden aufzunehmen. Im übrigen hatte aus Hitlers Sicht nicht die Deportation der Juden aus Polen, sondern aus dem Reich und dem Protektorat Vorrang. Hier drängten die Innenverwaltungen, doch möglichst bald aus ihrem Gebiet deportieren zu lassen. So entschied Hitler um den 17. September, Juden aus dem Reich in den Osten abzuschieben. Eigentlich sollten sie alle bis Jahresende in die sowjetischen Gebiete, tatsächlich gelangte nur ein Teil dorthin; und die ersten 20.000 Verschleppten kamen nach Lodz. Vermutlich liegt diese Deportationsentscheidung noch am Übergang zwischen der mörderischen Reservatsplanung und den direkten Massentötungen. Überall in Europa forderten die Besatzungsverwaltungen, dass gegen die Juden gehandelt werden müsse. Aus dem Warthegau kamen seit Juli 1941 Vorschläge, angeblich nicht arbeitsfähige Juden mit "irgendeinem schnell wirkenden Mittel" zu ermorden. Das Wort "Gas" kursierte schon zu dieser Zeit. Im Distrikt Lublin wollte man mit der Ansiedlung Deutscher beginnen. In Frankreich wiederum fürchtete die Besatzungsverwaltung Schwierigkeiten, wenn sie massive Repressalerschießungen für Anschläge auf Deutsche durchführte, weil dann schwere Unruhen unter den Franzosen drohten. Ersatzweise schlug man die Deportation der von allen Seiten wenig geliebten eingewanderten Juden vor. Etwa Anfang Oktober wurde entschieden, nicht nur zu deportieren, sondern auch regionale Vernichtungszentren einzurichten. Als Vorbild diente der Mord an den Behinderten. Das Personal der "Euthanasie" war gerade frei geworden, weil diese Aktion zumindest offiziell eingestellt wurde. In Kulmhof im Warthegau traf eine Polizeieinheit ein, die 1940 Geistesranke in Polen ermordet hatte, in Belzec, südlich von Lublin, Mitarbeiter der "Euthanasie" aus dem Reich. Weitere vage Planungen zu ähnlichen Einrichtungen in Riga und Mogilew kamen hingegen nicht zustande und verzögerten sich in Sobibor. Stattdessen wurden die Einsatzgruppen ab November 1941 dezentral mit sogenannten Gaswagen versehen, d. h. umgebauten Möbelwagen, in deren Laderaum Auspuffgase geleitet werden konnten.

Zwar begannen die Morde in diesen neuen Lagern erst am 8. Dezember in Kulmhof, doch schon seit Anfang Oktober häuften sich die Massenverbrechen an Juden in Polen. In Ostgalizien, das schon von den Einsatzgruppen heimgesucht worden war, begannen am 6. Oktober große Massaker; im Warthegau hatte die erwähnte Polizeieinheit etwa zur selben Zeit eine Massenerschießung durchgeführt; und im Generalgouvernement galt seit November 1941 ein Schießbefehl auf alle Juden, die ausserhalb der Städte angetroffen wurden. Der Militärbefehlshaber in Serbien imitierte seine Kollegen weiter östlich, indem er jüdische Männer massenhaft als Geiseln ermorden ließ. Juden aus dem Reich mussten erstmals am 25. November 1941 im Osten, nämlich im litauischen Kaunas, vor die Mordschützen treten, ähnlich wie sechs Tage später in Riga.

Die Konzentrationslager spielten 1941 noch kaum eine Rolle beim Mord an den Juden. Allerdings erging es allen Juden, die damals eingeliefert wurden, erheblich schlechter als den anderen Häftlingsgruppen. Von den im Laufe des Jahres nach Mauthausen gelangten 1.600 jüdischen Häftlingen war Ende 1941 keiner mehr am Leben. Insbesondere fielen jüdische Häftlinge einer neuen Mordaktion, genannt "14f13", zum Opfer, in der seit April sogenannte invalide, aber auch aus Sicht der Lagerleitungen unerwünschte Insassen in den "Euthanasie"-Anstalten zu Tode kamen. Von da aus war der Weg nicht mehr weit zu Massentötungen innerhalb der Lager, wie sie insbesondere an sowjetischen Kriegsgefangenen praktiziert wurden. Die berüchtigten ersten Mordaktionen mit Zyklon B in Auschwitz im August/September 1941 dürften wohl in diesem Zusammenhang, also der allgemeinen Ermordung "unerwünschter" Häftlinge stehen.

Auf keinen Fall darf außer acht gelassen werden, dass die Juden beileibe nicht die einzige Bevölkerungsgruppe darstellten, die in der zweiten Jahreshälfte 1941 mit dem Tod von deutscher Hand bedroht war. Bis zum Jahresende hatten weit über eine Million sowjetischer Kriegsgefangener ihr Leben lassen müssen, weil ihnen Anfang Oktober die Rationen drastisch gekürzt worden waren, weil sie die Märsche nicht überlebten oder weil Zehntausende als vermeintlich gefährlich eingestufte Massenerschießungen zum Opfer fielen. Genauso erging es echten oder angeblichen Kommunisten in den sowjetischen Städten, wo allmählich die Hungersterblichkeit Ausmaße wie im Warschauer Ghetto annahm, so etwa in Kiew oder Charkow. Leningrad wurde zwar nicht besetzt, aber seit Oktober systematisch ausgehungert. Die Bauern in den sowjetischen Gebieten mussten fürchten, als "Bandenverdächtige" oder als Geiseln niedergemacht zu werden, wenn sie zufällig in die Fänge des Anti-Partisanenkrieges gerieten. Nicht anders erging es den meisten Insassen der dortigen Heilanstalten oder den Roma, vor allem wenn sie keinen festen Wohnsitz nachweisen konnten. Roma aus dem österreichischen Burgenland wurden kurzerhand zusammen mit Juden ins Ghetto Lodz deportiert, wo die meisten von ihnen in einem abgezäunten Bereich elend zugrunde gingen. Überall im besetzten Osten, sei es Sowjetunion, Polen, oder Serbien, dominierte ein Klima der rassistischen Gewalt, vorangetrieben von zahllosen Funktionären.

Es ist inzwischen kaum mehr zu bezweifeln, dass alle diese Mordaktionen zu einem erheblichen Teil von den regionalen Besatzungsverwaltungen und Polizeistellen gefordert, beschleunigt und durchgeführt wurden. Dennoch blieb die Rolle der NS-Spitze und Hitlers in diesem Zusammenhang fundamental, wenn sie auch im Detail schwer zu rekonstruieren ist. Ganz eindeutig konnte ein solches Mordprogramm nicht ohne Hitlers Zustimmung ablaufen, es musste in Berlin koordiniert werden. Mit der "Genehmigung des Führers" fühlten sich die Täter rechtlich gedeckt. Dennoch sind die Impulse, die er auf den Vernichtungsfeldzug ausübte, noch näher zu definieren. Wahrscheinlich stammten zentrale Überlegungen von Hitler: nämlich die vermeintliche "Judenfrage" solle noch während des Krieges und mit den neuen Mordinstrumenten "gelöst" werden, sie solle ganz Europa und die Mehrheit der Juden, die man als "arbeitsunfähig" einstufte, umfassen. Dennoch verblieb die eigentliche Planung des Völkermords in verschiedenen Händen, vor allem bei Heydrichs Reichssicherheitshauptamt, aber auch beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, der obersten "Siedlungsbehörde". Diese sah das gesamte Osteuropa als riesigen Verschiebebahnhof, in dem Deutsche angesiedelt und sogenannte Fremdvölkische verdrängt werden sollten. Konkret beschäftigte sich der sogenannte Generalplan Ost bis Ende 1941 aber noch vor allem mit den Polen. Für die Ermordung der Juden fühlte sich in erster Linie das Reichssicherheitshauptamt zuständig, wenn es auch eine Abmachung mit dem Lubliner Polizeiführer Globocnik über dessen eigenes Mordprogramm traf. Freilich musste Heydrich seinen Anspruch erst einmal gegen eine Vielzahl von Behörden durchsetzen, und dies war einer der Zwecke der Wannsee-Konferenz.

Freilich ist ihm das nur teilweise gelungen. Besatzungsverwaltungen und Wirtschaftsbehörden machten ihre Interessen geltend, manchmal bremsend, manchmal verschärfend. Gerade um die Jahreswende 1941/42 befand sich das Reich in einer akuten Arbeitskräfte-Krise, was sich allmählich auch auf die Auswahl der Opfer auszuwirken begann. Während die Wehrmacht ihren Anteil an der Vernichtungspolitik gegen die Juden Anfang 1942 weitgehend abgeschlossen hatte, entschied sich das weitere Vorgehen immer in der Diskussion mit den Fachverwaltungen, also Innen-, Arbeits- und Gesundheitsbehörden. Diese, grundsätzlich am Verschwinden der Juden

interessiert, versuchten alle ihre hausgemachten Probleme auf Kosten der Minderheit zu lösen, Mangel an Ernährung, Arbeitskraft und Wohnraum, aber auch Gesundheitslage und Schwarzmarkt. Der SS- und Polizeiapparat wurde von diesen Beamten eher als ausführendes Organ gesehen, aber selbst direkt bei den Mordaktionen machten viele andere Behörden mit. Es war also ein Zusammenspiel von Zentrum und Peripherie, das die Massenverbrechen zwar nicht entschied, aber entscheidend vorantrieb.

Wenn die Historiker von der "Peripherie" des Dritten Reiches sprechen, so kann man sich nicht allein auf die besetzten Gebiete beschränken, sondern muss auch die Vorgänge in den Achsenstaaten, die mit dem Reich verbündet waren, einbeziehen. Durch seine aggressive Außenpolitik hatte Hitler die Slowakei, Ungarn, Rumänien und schließlich Kroatien in seine Abhängigkeit gebracht. Doch agierten diese erheblich autonomer als die Besatzungsverwaltungen. So gilt es im Einzelnen immer zu unterscheiden, von wo aus die Impulse zur Verfolgung der dortigen Juden kamen.

Besonders eklatant zeigt sich dies für den Fall Rumänien. Dieser Staat, der nicht von einer faschistischen Bewegung, sondern von ihrem autoritären Gegenpart geführt wurde, war Verbündeter des Reiches nicht nur beim Feldzug der Sowjetunion, sondern von Anfang auch beim Mord an den Juden. Zwar hatte Hitler dem Staatsführer Ion Antonescu mitgeteilt, dass die Ostjuden radikal behandelt werden sollten; wie das geschehen würde, blieb aber weitgehend offen. Deshalb erstaunt es, mit welcher Brutalität rumänische Einheiten von Anfang an vorgingen. Schon Ende Juni inszenierten sie das Pogrom von Jassy, bei dem Tausende Juden zu Tode kamen. In Bessarabien und der Nordbukowina, die die Sowjetunion gerade ein Jahr zuvor annektiert hatte, begann nach der Rückeroberung ein regelrechter Vernichtungsfeldzug gegen die Angehörigen der jüdischen Minderheit, die teils erschossen, teils - zusammen mit Roma - nach Osten vertrieben wurden. Die Rumänen bekamen Anfang September ihr eigenes sowjetisches Besatzungsgebiet um Odessa herum, Transnistrien genannt. Nach der erbitterten Schlacht um Odessa nutzte, ähnlich wie vorher in Kiew, die rumänische Regierung die Explosion eines Hauptquartiers als Vorwand, um einen Massaker an den Juden der Stadt anzurichten. An zwei Tagen wurden schätzungsweise 25.000 Menschen niedergemäht, gehängt oder lebend verbrannt. Schließlich vertrieb man die letzten Juden Odessas, wie auch die Verschleppten aus den rumänischen Gebieten, an den Nordrand Transnistriens, wo sie unter entsetzlichen Umständen in Ghettos und Lagern hausten. Schon bald verabredeten rumänische Behörden mit der einzigen deutschen Einheit in diesem Gebiet, dem Sonderkommando R der Volksdeutschen Mittelstelle, diese Juden zu ermorden. Im Dezember 1941 begannen dort Massaker riesigen Ausmaßes, zunächst direkt an den marschierenden Kolonnen, kurz vor Weihnachten auch in den drei Hauptlagern. Die rumänische Vernichtungspolitik ging hier nahtlos einher mit der deutschen; allein die Juden Altrumäniens behielten ihr Leben.

Kroatien wiederum stellt einen Sonderfall in der Reihe deutscher Satellitenstaaten dar; war es doch erst im April 1941 ins Leben gerufen worden. Einerseits hatten die Ustasche die Minderheiten vorher nicht unterdrücken können, andererseits taten sie dies unmittelbar nach ihrer Machtergreifung umso brutaler. Die ersten und zahlenmäßig überwiegenden Opfer stellten die orthodoxen Serben. Doch auch die Juden und die nichtmuslimischen Roma traf die Verfolgung hart. Die Regionalverwaltungen der Ustasche wetteiferten darum, möglichst bald alle Juden auszuplündern und zu vertreiben. Im Juni 1941 setzten Massenverhaftungen ein. An die 10.000 Juden gelangten in die ersten improvisierten Lager, zumindest Hunderte starben bis Ende des Jahres oder wurden in den neu entstandenen Jasenovac-Komplex deportiert. Bereits die italienischen Truppen, die im September 1941 das Küstengebiet übernahmen, stießen auf zahlreiche Massengräber.

Auch die ungarische Rolle zu dieser Zeit wird bisweilen in einem etwas zu hellen Licht gesehen. Wie die anderen Verbündeten am Ostfeldzug beteiligt, schob die Regierung im August 1941 Tausende von Juden aus der von ihr annektierten Karpaten-Ukraine weiter nach Osten ab, wo sie alsbald von deutscher Polizei ermordet wurden. Ungarische Sicherungseinheiten haben sich in kaum unterscheidbarer Manier am Anti-Partisanenkrieg in der Ostukraine beteiligt, dabei gelegentlich Juden, vor allem aber andere Einheimische erschossen. Allein das Massaker

ungarischer Polizei in der von Jugoslawien annektierten Batschka, das im Januar 1942 über tausend Juden das Leben kostete, wurde in Budapest nicht toleriert und hatte ein innenpolitisches Nachspiel. Zwar bemühte sich die ungarische Armee weiter um Abschiebungen in die Vernichtungsgebiete, die Massenmorde wiederholten sich aber erst ab 1943/44.

Schließlich sei noch die Slowakei erwähnt, die als Hitlers Musterschülerin galt. Auch hier setzte der große Bruder nur begrenzt den Rahmen für die Judenverfolgung. Die Regierung war zunächst vor allem an der Enteignung, dann aber auch an der Abschiebung der Juden nach Polen interessiert und intervenierte deshalb schon im Oktober 1941 in Berlin. Dieser Druck wurde auch Anfang 1942 noch beibehalten, als klar wurde, was die Opfer in Polen erwartete. Der slowakische Außenminister forderte sogar explizit den Abtransport auch der Arbeitsunfähigen. So waren die slowakischen Juden ab März 1942 die ersten, die massenhaft nach Auschwitz und Majdanek gelangten.

Sieht man die Verbündeten zusammen mit den zahllosen Ämtern im besetzten Europa, dann wird schnell deutlich, wie viele Institutionen den Massenmord allmählich in recht unterschiedlicher Weise angeschoben haben. Nicht zu vergessen sind die zahlreichen rechtsextremen Bewegungen in Europa, die besonders in der besetzten Sowjetunion Posten in Hilfspolizei und Kommunalverwaltung innehatten und in ihrem kleinen lokalen Rahmen den Weg zum Massenmord ebneten. Freilich kann dies die Verantwortung deutscher Stellen kaum schmälern, da diese nicht nur den Rahmen für die Vernichtungspolitik setzten, sondern auch immer wieder verschärfend eingriffen und kontrollierten.

Auf die jüdischen Gemeinden im deutsch beherrschten Europa wirkte sich die Verfolgung in der zweiten Jahreshälfte 1941 insgesamt verheerend, im einzelnen aber noch recht unterschiedlich aus. Die Juden in der besetzten Sowjetunion samt derer neuer Annexionen sahen sich unmittelbar dem Massenmord ausgesetzt, die Minderheit Polens war an den Rand ihrer Existenz getrieben. Nach zwei Jahren der Besatzung hatte die Verelendung dort katastrophale Ausmaße angenommen. In vielen anderen besetzten und verbündeten Ländern schritt die Isolierung und Enteignung der Juden während des Jahres 1941 erst allmählich voran.

Freilich sah 1941 aus der Sicht der meisten Verfolgten die Zukunft noch offen aus. Vereinfacht gesehen, lassen sich drei Typen von Erfahrungshorizont festmachen: Die Juden in den altsowjetischen und den meisten baltischen Gebieten waren mit der Totalvernichtung konfrontiert, streckenweise wie gelähmt über ihre persönlichen Tragödien; hier blieb nur noch Flucht und Untertauchen eine Perspektive. In Ostpolen und allen anderen Gebieten, in denen schon Mordaktionen abgelaufen waren, hatten viele schon Angehörige und Verwandte verloren, hofften aber trotzdem, dass sie den Krieg quasi mit offizieller Erlaubnis überstehen könnten. In den Ländern, in denen es noch nicht zu Massakern gekommen war, nahm die meisten Juden die existentielle Gefahr zu diesem Zeitpunkt nur punktuell wahr. Allerdings vermutete man vielerorts schon Ende November 1941, dass die Deportationen aus dem Reich wegen der rauen Bedingungen im Osten letztendlich unweigerlich in den Tod führen würden.

Sicher spielte hier die Isolation der Juden innerhalb der Gesellschaft, aber auch der teilweise Zusammenbruch der Kommunikation untereinander, eine zentrale Rolle. 1941 war zwar selbst im besetzten Polen noch ein geregelter Briefverkehr in gewissem Maße möglich, sogar die Telefonleitungen in die Ghettos hatte man noch nicht alle gekappt. Dennoch blieb der Masse der Verfolgten das Geschehen in den besetzten sowjetischen Gebieten weitgehend verborgen. Selbst das - gemeinhin gut unterrichtete - Untergrundarchiv im Warschauer Ghetto erhielt anscheinend erst im Ende Oktober 1941 erste Berichte über die Massaker in Wilna. Über die Morde in Kulmhof waren Ringelblum und seine Mitarbeiter aber dann recht bald, Ende Januar, im Bilde.

Sofern sich nicht einzelne Überlebende nach Westen durchgeschlagen hatten und ihre Kenntnisse verbreiteten, war man auf Gerüchte und Untergrund-Zeitungen angewiesen. Letztere sind leider bis heute noch nicht systematisch ausgewertet worden, doch finden sich schon Ende 1941 Hinweise auf Mordaktionen in vielen Untergrundpublikationen. Etwaige Widerstandsaktivitäten waren meist an vorhandene Kristallisationskerne gebunden, d.h. vor allem linkszionistische und kommunistische Gruppen. Insofern ist es aus der Retrospektive kaum noch auseinanderzuhalten, ob es sich nun um Widerstand handelte, der mehr aus der Verfolgung oder mehr aus der

politischen Haltung motiviert war. Auf der anderen Seite wurden Juden im Allgemeinen nur von kommunistischen, sozialistischen und linkskatholischen Gruppen akzeptiert.

Die spektakulärsten Widerstandsaktionen gingen im Herbst 1941 zweifellos vom französischen Widerstand aus, dem Main d'Oeuvre Immigre (MOI), das zu erheblichen Teilen aus Juden bestand. Juden schlossen sich jedoch auch frühzeitig den Tito-Partisanen oder den ersten Partisanengruppen in Weißrussland, der Nordukraine, und der Krim an, vor allem versprengte Rotarmisten. Sehr wenig wissen wir über spontanen Widerstand bei den Mordaktionen im Herbst 1941, darauf gibt es aber einige Hinweise. Dort, wo die totale Vernichtung der Gemeinden nicht sofort, sondern erst nach einigen Monaten erfolgte, konnte sich der Untergrund einigermaßen organisieren. Die allerersten Anfänge lassen sich bis in den Herbst 1941 zurückverfolgen, so etwa in Minsk. Regelrechte Untergrundgruppen bildeten sich jedoch erst um die Jahreswende 1941/42, besonders in den Zentren Litauens, aber auch in Bialystok und Krakau. Überall handelte es sich um winzige Grüppchen, die meist noch sehr vorsichtig agierten, um keine Repressalien für die übrigen Ghettobewohner heraufzubeschwören. Entscheidend blieb es, überhaupt erst Strukturen zu schaffen und Waffen zu organisieren, bevor man den richtigen Zeitpunkt abwartete. Und der schien erst in der Totalvernichtung ab Herbst 1942 gekommen.

Deshalb konnte es zunächst nur um Versuche gehen, die deutschen Maßnahmen zu unterlaufen, und das hieß weit im Osten vor allem Flucht. Schon Ende 1941 gelang es, erste Familienlager in Wäldern einzurichten oder Kontakt zu einzelnen Partisanengruppen aufzunehmen. Ansonsten blieb es innerhalb der Ghettos bei der Schaffung von Infrastrukturen, von Untergrundzeitungen und -schulen, und natürlich die Linderung der Not der Ärmsten. Dies war jedoch vor allem die Aufgabe der Judenräte, von denen 1941 die meisten noch nicht in ein moralisches Dilemma gestürzt sahen, wie auch der jüdischen Hilfsorganisationen. Freilich waren die Voraussetzungen für die Versorgung genauso wie für den Widerstand schon damals denkbar schlecht.

Was den Verfolgten im Reich noch kaum bewusst geworden war, sickerte bei der übrigen Bevölkerung punktuell schon ab Ende 1941 ein: die Nachrichten aus dem Osten. Vor allem Feldpostbriefe von der Ostfront und der Weihnachtsurlaub vieler Soldaten 1941 transportierte Bruchstücke an Informationen in die Heimat. So konnte man schon im Dezember 1941 in Berlin Gerüchte über Babij Jar aufschnappen. Am ehesten dürften solche Informationen noch in den deutschen Behörden kursiert sein, von wo aus Beamte in den Osten abgeordnet oder auf Dienstreise geschickt wurden. Auch die Personalrotation innerhalb der Wehrmacht sorgte für eine begrenzte Verbreitung für Informationen über ganz Europa hinweg. In den Kirchen sammelten sich um die Jahreswende 1941/42 erste Informationen, so etwa über das Massaker an deutschen Juden in Kaunas. Während der württembergische Landesbischof sich besorgt beim Reichskirchenminister nach Massenerschießungen im Osten erkundigte, verkündeten hingegen einige evangelische Landeskirchen zur gleichen Zeit, die Juden verdienten "schärfste Bestrafung". Nicht zu unterschätzen ist schließlich die Bedeutung der sogenannten Feindsender für den Kenntnisstand des einzelnen. So wurde Thomas Mann in seinen BBC-Reden "Deutsche Hörer" ab September 1941 immer konkreter, was die Massenmorde anging: Im November sprach er von den "Massen-Vergasungen" an Behinderten, im Januar 1942 sogar an holländischen Juden, obwohl letzteres zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht der Fall war.

Allein daran sieht man, dass all dies im Ausland nicht verborgen bleiben konnte. Wie man inzwischen weiß, gelang es dem britischen Geheimdienst nicht nur, den deutschen militärischen Funkverkehr in wichtigen Teilen zu entschlüsseln, auch die Funksprüche der deutschen Polizei konnten die Spezialisten in Bletchley Park mitlesen. Und diese ließen seit den ersten Tagen des Sowjetunion-Feldzuges nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Zehn Wochen lang drahteten die Höheren SS- und Polizeiführer offen ihre Meldungen zum Massenmord über den Äther. Erst am 13. September ordnete der Chef der Ordnungspolizei die sprachliche Tarnung dieser Mitteilungen an.

Doch die Wirkung dieses Erfolges der britischen Spionage blieb denkbar gering. Churchill wollte den Durchbruch seiner Codeknacker um jeden Preis geheim halten, so dass den entsetzlichen Beweisen des Massenmordes weder politische Schritte folgten noch die Öffentlichkeit informiert wurde. Doch gab es schon im Jahre 1941 andere Kanäle, über die solche Informationen in die Presse gelangten. Sowohl die sowjetische Geheimpolizei NKWD als auch die Rote Armee verfügten über ein Informationssystem, das frühzeitig die deutschen Massenmorde offenlegte.

Inzwischen ist sogar bekannt, dass der sowjetische Geheimdienst bis 1941 einen Agenten im Amt IV des Reichssicherheitshauptamts, d.h. der Zentrale der Gestapo, platziert hatte. Die sowjetische Regierung publizierte im November 1941 und im Januar 1942 ihre ersten sogenannten Molotow-Noten über deutsche Verbrechen, die verbreitetsten Mitteilungen überhaupt vom Massenmord dieser Zeit.

Hinzu kamen die zahlreichen ausländischen Verbindungsoffiziere, Delegationen und Journalisten, die sich in den besetzten sowjetischen Gebieten aufhielten. Bereits im Juli/August 1941 machten erste unspezifische Mitteilungen ihren Weg in die Medien, so über Massaker in Lemberg. Nur zwei Wochen nach dem Beginn der großen Massenerschießungen im Süden Galiziens, am 26. Oktober, wusste die New York Times davon zu berichten; das New York Journal titelte am 13. November über den Massenmord an 25.000 Juden Odessas, eine Zahl, die von der Forschung bis heute bestätigt wird. Schließlich konnte man Ende des Monats über die Erschießung Zehntausender Juden in Kiew lesen.

Freilich blieben diese Pressemeldungen bis Juni 1942 sporadische Ausnahmen, und ihre Glaubwürdigkeit wurde nicht sehr hoch veranschlagt. Dies war nicht zuletzt eine Folge der kontinuierlichen Berichterstattung über die Judenverfolgungen bis 1940, die manchmal nicht frei von Übertreibungen gewesen war. Nur wenige Publizisten wie etwa Louis Lochner ahnten schon damals, dass ein großer Teil der europäischen Juden den Krieg nicht überleben würde.

Eigentlich zählten die osteuropäischen Exilregierungen mit Sitz in London zu den am besten informierten Kreisen, denn sie verfügten über direkte Kontakte in die besetzten Gebiete. Dennoch scheint der Massenmord gerade in den ostpolnischen Gebieten kaum Niederschlag bei der Exilregierung in London gefunden zu haben. Und von den Geheiminformationen, über die Churchill verfügte, war Regierungschef Sikorski abgeschnitten. So nimmt es nicht wunder, dass die erste große internationale Zusammenkunft über NS-Verbrechen, die sogenannte St. James Palace Konferenz exakt eine Woche vor der Wannsee-Konferenz, die Verfolgung der Juden weitgehend ignorierte. Die Sowjetunion war hier überhaupt nicht vertreten. Im Gegensatz zur polnischen Exilregierung verfügte das Schweizer Außenministerium bereits im Herbst 1941 über detaillierte Kenntnis vom Massenmord, nicht nur ganz im Osten, sondern auch in den rumänisch beherrschten Gebieten. Allerdings forderten die Diplomaten zur gleichen Zeit, entsprechende Nachrichten in den Zeitungen nur sehr zurückhaltend abzudrucken.

Schließlich ist der in einzelnen Bereichen gute Informationsstand im Vatikan hervorzuheben, wenn auch hier eine sehr zurückhaltende Veröffentlichungspolitik betrieben wurde, um den Neutralitätsanspruch nicht zu verletzen. Seit August verfolgte man die Judenverfolgung im sich besonders katholisch gebärdenden Kroatien genau mit. Der Kenntnisstand wird kaum geringer gewesen sein als der der New York Times, die am 3. Januar 1942 von 180.000 Opfern der Ustascha berichtete, vor allem Serben, aber auch Juden und Roma. Unmittelbar vor Beginn der Deportationen aus der Slowakei teilte der dortige Nuntius unmissverständlich mit: "Die Deportation von 80.000 Personen in die Hände der Deutschen ist gleichbedeutend mit einem Todesurteil für die meisten." In der Slowakei übte der Vatikan dann den massivsten Druck zur Verhinderung der Verschleppungen aus.

Doch insgesamt gesehen, waren die Möglichkeiten und oft auch der Wille zu Intervention auf allen Seiten vergleichsweise gering. Die Sowjetführung wies die Partisanenbewegung später lediglich an, den Transport von Zwangsarbeitern ins Reich zu verhindern. Auf britischer und amerikanischer Regierungsseite prallten Vorschläge der Exilregierungen zu Repressalien ab, etwa in Form von spezifischen Luftangriffen oder politischem Druck auf die verbündeten Achsenstaaten. Überhaupt fürchtete man in London, dass sowjetische Informationen maßlos übertrieben seien und eine Kampagne wie im Ersten Weltkrieg eher kontraproduktiv wirken würde. Dabei zeigte sich das deutsche Auswärtige Amt durchaus bereit, etwa über den Austausch von Palästinadeutschen zu verhandeln. Die USA wiederum lehnten öffentliche Stellungnahmen meist ab, wenn auch mit Kriegseintritt die Voraussetzungen dafür wegfielen.

Insgesamt lässt sich schon für das Jahr 1941 die Ausbreitung nicht nur des Verbrechens, sondern auch der Kenntnis vom Verbrechen mitverfolgen. Nicht zu Unrecht stand die Verfolgung von Nichtjuden oftmals im Zentrum der Aufmerksamkeit; dies verdeckte jedoch das monströse Verbrechen, das schon 1941 im Gange war. Niemand konnte Ende 1941 ahnen, daß der Krieg noch dreieinhalb Jahre dauern würde. Vielmehr hofften die meisten, daß sowohl die sowjetische



Gegenoffensive vor Moskau als auch der Kriegseintritt der USA dem Morden in absehbarer Zeit ein Ende machen würde. Doch dies war leider eine fatale Fehleinschätzung, wie wir heute wissen. Tatsächlich entwickelte sich erst in der zweiten Jahreshälfte 1942 allmählich ein allgemeines Bewusstsein von dem, was sich im besetzten Europa abspielte. Doch auch dann hatten sich die Interventionsmöglichkeiten kaum verbessert und die Mehrheit der Opfer war bereits Ende 1942 tot. Es ist also hinreichend deutlich, daß zur Zeit der Wannsee-Konferenz der direkte Völkermord nicht nur schon begonnen hatte, sondern sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befand. Ende Januar 1942 waren insgesamt zwischen 900.000 und einer Million Menschen jüdischer Herkunft, möglicherweise noch mehr, direkt ermordet oder ausgehungert worden, bei Erschießungen, in "Gaswagen", aber auch in Ghettos und in den "Euthanasie"-Anstalten.

Der Mord an den europäischen Juden war seit 1939 schleichend im Gange; allerdings erst im Herbst 1941 fielen Stück für Stück die Würfel für die Ausrottung noch während des Krieges, bis in den Sommer 1942 dauerten die Ausarbeitungen der Pläne dazu. Der Krieg gegen die Sowjetunion, zunächst auf zehn Wochen geplant, dann ein präzedenzloser Vernichtungsfeldzug in gigantischen Ausmaßen, stellte die Weichen für den Massenmord in ganz Europa.

Mitte März 1942 trat dieser in eine neue Phase ein, nun parallel in Vernichtungslagern und bei Massenerschießungen. Insgesamt blieb die Intensität der Morde während der ersten Monate des Jahres 1942 jedoch konstant, ja ging zeitweise sogar zurück, weil das Verbrechen vielerorts schon vollendet war. Erst nachdem die Zentralen wie auch die Peripherie alle Vorbereitungen im Mai/Juni abgeschlossen waren, beschleunigte sich der Völkermord zwischen Juni und August 1942 in unvorstellbarer Weise, so dass die meisten Juden aus Polen und den besetzten sowjetischen Gebieten zu Jahresende nicht mehr lebten. Erst danach, vor allem ab März 1943, verlagerte sich der Schwerpunkt des Mordens auf Auschwitz und andere Lager.

Wenn die Planungen der Täter erst im Frühsommer 1942 abgeschlossen waren, so hatten sich doch bereits vor der Wannsee-Konferenz also nahezu alle Faktoren entwickelt, die das Morden der darauf folgenden Jahre bestimmten: ein in der Geschichte präzedenzloser Völkermord in weiten Teilen Europas, das enge Zusammenspiel zwischen der NS-Führung in Berlin und den Behörden im Reich, in den besetzten Gebieten und bei den Verbündeten, aber auch eine enge Kooperation zwischen den Verwaltungen auf der einen und dem SS-/Polizeiapparat auf regionaler und lokaler Ebene. Unter den Tätern hatte sich der Konsens verfestigt, dass die Juden irgendwie "weg müssten", und im Krieg hieß das immer öfter durch Mord. Doch nur in den besetzten sowjetischen Gebieten wurde den Juden klar, was sie erwartete, überall andernorts blieb die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität. Ganz allmählich offenbarte sich auch den nicht direkt Beteiligten, d.h. der Bevölkerung im Reich, der Nichtjuden in den besetzten Gebieten und der neutralen und alliierten Regierungen, was für eine Tragödie sich abspielte. Erst 1942 schälte sich jedoch heraus, dass die jüdische Bevölkerung Europas eindeutig das vorrangige Opfer deutscher Politik wurde, das sie den höchsten Blutzoll von allen Verfolgten des Nationalsozialismus zahlen musste.

---